



1.
Herrn
Bürgermeister der
Gemeinde Gettorf
Jürgen Baasch
Karl-Kolbe-Platz
24214 Gettorf

2.
Herrn
Amtdirektor des
Amtes Dänischer Wohld
Matthias H. Meins
Karl-Kolbe-Platz
24214 Gettorf

SPD – Antrag
Gettorf: Kein Ort für Neonazis

Die Gemeindevertretung möge wie folgt abschließend beschließen:

1.
Die Gemeinde Gettorf bekennt sich öffentlich und aktiv zu der Aktion "Kein Ort für Neonazis" der Amadeu Antonio Stiftung und das Gettorf, für alle Bürgerinnen und Bürger sichtbar nach Greifswald und Kiel, "Kein Ort für Neonazis" wird.
2.
Zur Umsetzung des Zieles, Gettorf als "Kein Ort für Neonazis" zu definieren, ist eine Beauftragte oder ein Beauftragter der GV zu benennen, die oder der anschließend gemeinsam mit allen demokratischen Parteien, Gremien, Verbänden, Schulen, Vereinen, Firmen, Einrichtungen und Institutionen - ähnlich eines Runden Tisches - zu einem Forum "Gettorf: Kein Ort für Neonazis" einlädt, um so die Aktion dauerhaft, nachhaltig und sichtbar mit Leben zu füllen.
3.
Die Gemeindevertretung wird künftig einmal jährlich über den vom Forum "Gettorf: Kein Ort für Neonazis" abzugebenden Bericht im Rahmen eines eigenen Tagungsordnungspunktes beraten.



Sozialdemokratische Partei Deutschland

Fraktion der SPD Gettorf

Begründung:

Die 1998 gegründete Antonio Amadeu Stiftung hat das Ziel, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken und wendet sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Hierfür unterstützt sie lokale Initiativen und Projekte in den Bereichen Jugend und Schule, Opferschutz und Opferhilfe, alternative Jugendkultur und Kommunale Netzwerke. Wichtigste Aufgabe der Stiftung ist es, die Projekte über eine finanzielle Unterstützung hinaus zu ermutigen, ihre Eigeninitiative vor Ort zu stärken und sie zu vernetzen.

Die gemeinnützige Stiftung steht unter der Schirmherrschaft des Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages Wolfgang Thierse. Vorsitzende des Vorstands ist Anetta Kahane.

Die Amadeu Antonio Stiftung wird von der Freudenberg Stiftung unterstützt und arbeitet eng mit ihr zusammen. Das Nachrichten-Magazin „Stern“ trägt seit langem zur Arbeit der Stiftung bei, besonders im Rahmen der Aktion "Mut gegen rechte Gewalt". Die Aktion hat der Stiftung zu großer Öffentlichkeit verholfen.

Die Kampagne „Kein Ort für Neonazis“ will Bürgerinnen und Bürger, zivilgesellschaftliche Initiativen und vor allem Jugendliche für demokratische Kultur gewinnen und (Wieder-) Einzüge Rechtsextremer in Landtage verhindern. Ziel der Kampagne ist, es im Rahmen einer größeren Bewegung aller demokratischen Kräfte die Verankerung der Neonazi-Szene in Bundesländern dauerhaft zu verhindern. Dazu ist eine Auseinandersetzung mit Raumgreifungsstrategien der Neonazis notwendig. Dazu ist auch die bundesweite Unterstützung aller demokratischen Parteien und weiterer zivilgesellschaftlicher Organisationen notwendig. Die Kampagne bietet gerade kleinen Initiativen schnelle und unbürokratische Förderung sowie öffentliche Anerkennung.

Gegen Rechte Gewalt vorgehen und Zivilcourage zeigen ist immer von Bedeutung. Doch gerade wenn Wahlen anstehen, ist es wichtig Präsenz zu zeigen, damit Neonazis keine schleichende Legitimation durch die NPD im Landtag erfahren und man sich an Rassismus und Antisemitismus gewöhnt.

Für die SPD- Fraktion:

Kurt Arndt

Michael Janowski